

Ratschlag für soziale Gerechtigkeit Erlangen

ARD Tagesschau, 20.12.2024: „Steuergeschenke der Parteien – und was sie wohl kosten“

Im Auftrag der ARD hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) die Kosten der Wahlprogramme zu Lasten der Einnahmen kommender Bundeshaushalte berechnet. Hierzu Tobias Hetze vom IW: „Die Zahlen sind ... nur Schätzungen, die eine grobe Idee vermitteln – für eine wirklich exakte Rechnung sind die Wahlprogramme aller Parteien noch zu vage“. Demnach liegen SPD und Grüne mit 30 bzw. 48 Milliarden Euro niedrig, Union und FDP mit 89 bzw. 138 Mrd. Euro deutlich höher. SPD und Grüne wollen die Mindereinnahmen durch Mehreinnahmen bei der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer ausgleichen. Eine Analyse der steuerlich begünstigten Gruppen zeigt bei SPD und Grünen eine besondere Entlastung der unteren Einkommensgruppen, bei Union und FDP eine besondere Entlastung der obersten Einkommensgruppen. Der ARD-Beitrag ist in voller Länge dokumentiert auf unserer Internetseite www.ratschlag-erlangen.de

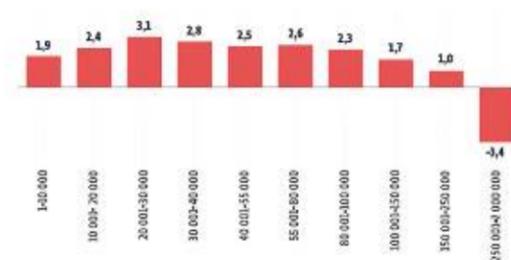
Süddeutsche Zeitung (SZ), Wirtschaftsteil, 18./19.1.2025: „Was die ausgewählten Vorschläge der Parteien den Deutschen bringen – oder sie kosten“

Die SZ hat in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) speziell die Auswirkungen der Parteipläne auf die verschiedenen Einkommensgruppen der Bevölkerung untersuchen lassen und kommt mit einer detaillierten Übersicht zur Feststellung: „SPD, Grüne, BSW und Linke wollen vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen und die Mittelschicht finanziell besserstellen – und Beziehern hoher Einkommen eher Geld wegnehmen. ... Ganz anders Union, FDP und AfD: Sie versprechen ein Finanzplus, das mit zunehmendem Gehalt nicht nur in Euro und Cent immer höher ausfallen soll, sondern auch prozentual.“

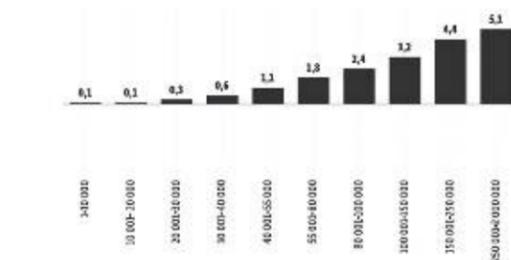
Der SZ-Beitrag ist in voller Länge dokumentiert auf unserer Internetseite www.ratschlag-erlangen.de.

Veränderung der Jahreseinkommen in Prozent nach den Wahlprogrammen:

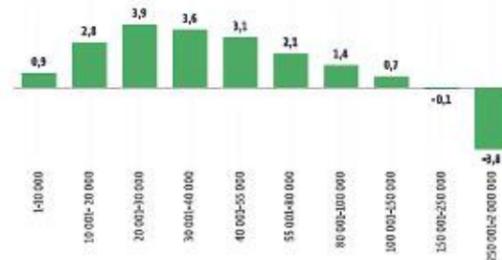
Von SPD,



Union



Grünen,



und FDP



Der „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“ ist ein Zusammenschluss von über 50 Erlanger Verbänden, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien. Mehr dazu unter www.ratschlag-erlangen.de.

Hier finden Sie auch die beantworteten Fragebögen mit den Antworten der einzelnen Kandidat*innen, die Wahlprogramme der Parteien und weitere Informationen zum Thema.

Liebe Leserin, Lieber Leser,

die Armut in unserer Gesellschaft wächst, gleichzeitig werden Reiche immer reicher. Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen haben es immer schwerer, mit ihrer Arbeit für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu sichern. Das ist ungerecht und gleichzeitig eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir im „Ratschlag“ wollen mehr soziale Gerechtigkeit. Dazu gehören auskömmliche Einkommen und Renten, Mietpreisbremse und bezahlbares Wohnen, gute Kinderbetreuung und Pflege bei Krankheit und Alter, Inklusion und soziale Sicherheit durch Bürgergeld.

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Zu unseren Themen haben wir im Ratschlag Fragen gesammelt. Diese haben wir den Kandidat*innen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien gestellt. Alle haben geantwortet, nachzulesen unten und auf den Seiten 2 und 3.

Für die kommende Legislaturperiode haben die Parteien in ihren Wahlprogrammen Aussagen zur Finanzierung getroffen. Diese spiegeln sich auch in den Antworten der Kandidat*innen wider. Gleichzeitig haben sie mal mehr, mal weniger auch ihre persönliche Antwort gegeben. Informationen zu den Wahlprogrammen und ihren Auswirkungen, insbesondere auf die Einkommen, finden Sie auf Seite 4 und unserer Internetseite www.ratschlag-erlangen.de

Wir setzen uns für eine hohe Wahlbeteiligung ein. Bitte informieren Sie sich, wählen Sie demokratische Parteien und wählen Sie nach dem Grundsatz: Wer seine Wahlversprechen halten will, muss auch sagen, wie er sie bezahlen will.

Ihr „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“

Wollen Sie die Ausgaben für die folgenden Themen über bereits beschlossene Anpassungsmechanismen hinaus erhöhen, beibehalten oder senken?

Kindertagesstätten- und Kindergarten-Finanzierung

Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau

Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit

Bürgergeld

Renten

Pflegeversicherung

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Deutschland Ticket

	Martina Stamm-Fibich / SPD	Konrad Körner / CSU	Paulus Guter / Grüne	Leif Erik Persson / FDP	Lukas Eitel / LINKE	Anton Salzbrunn / BSW
Kindertagesstätten- und Kindergarten-Finanzierung		(1)				
Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau						
Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit		(2)				
Bürgergeld						
Renten						
Pflegeversicherung						
Inklusion von Menschen mit Behinderung						
Deutschland Ticket						

Agenda: Grün = erhöhen; gelb=beibehalten; rot=senken; weiß= keine Entscheidung, siehe Anmerkungen:

(1) Kita: Muss einen notwendigen Ausbau der Kapazitäten sicherstellen;

(2) Jugendhilfe: Kosten sinken automatisch, wenn weniger Jugendliche Hilfe benötigen

So haben die Kandidat*innen für den Bundestag geantwortet

Welches sozialpolitische Thema hat aus Ihrer Sicht absoluten Vorrang?

Martina Stamm-Fibich: Als Gesundheitspolitikerin sind mir eine gute und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung und Pflege besonders wichtig.

Konrad Körner: Stabile Arbeitsplätze sind die beste Sozialpolitik! Ohne Arbeitsplätze bricht der Sozialstaat zusammen. Die Lage in der Wirtschaft ist ernst. Deswegen wollen wir unser Land wieder wettbewerbsfähig machen.

Paulus Guter: Die Bekämpfung von Kinderarmut und die Erreichung von Bildungsgerechtigkeit haben für mich oberste Priorität, denn jedes Kind verdient gleiche Chancen auf Bildung, Teilhabe und eine sichere Zukunft.

Leif Erik Persson: Unsere Rentenpolitik. Hier laufen wir sehenden Auges auf eine Katastrophe zu.

Lukas Eitel: Bezahlbares Wohnen ist das Schlüsselthema. Die hohen Mieten und Nebenkosten sind inzwischen Armutsfaktor Nummer 1.

Anton Salzbrunn: Eine armutssichere Rente und Bürgerversicherung für alle Sozialversicherung hat Vorrang. Orientierung am österreichischen Rentensystem. Erhöhung des Mindestlohns auf 15 €.

Woher sollen die Gelder für die Finanzierung der Sozialpolitik kommen?

Martina Stamm Fibich: Die Schuldenbremse muss reformiert und Superreiche müssen stärker besteuert werden. Klimafeindliche Subventionen sollten abgebaut werden.

Konrad Körner: Meine Ansätze für eine faire und nachhaltige Finanzierungsstrategie:
> Wirtschaftswachstum stärken durch Bürokratieabbau, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur > Subventionsabbau und Priorisierung
> Effizienter Mitteleinsatz: Sozialausgaben regelmäßig überprüfen, Komplexität reduzieren und besser steuern.

Paulus Guter: Die Finanzierung sollte durch eine gerechte Steuerpolitik erfolgen. Dazu gehört die Besteuerung von großen Vermögen, der Abbau der klimaschädlichen Subventionen und die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung (jährlich rund 100 Mrd€). Das investieren wir u. a. in soziale Gerechtigkeit, Bildung und besseren ÖPNV.

Leif Erik Persson: Wirtschaftswachstum und daraus entstehende Steuermehreinnahmen, Kürzungen bei Bürgergeld und Asylbewerbern.

Lukas Eitel: Maßnahmen wie der Mietendeckel kosten gar nicht viel. Ansonsten aus einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, der Einbeziehung aller in die Versicherungen (auch Abgeordnete) sowie der höheren Besteuerung von Kapitaleinkünften und sehr großen Vermögen.

Anton Salzbrunn: Wir präferieren hier keine Erhöhung jedoch eine verstärkte Förderung von einzelnen Projekten sowie eine Altschulden-Regelung zu Gunsten hoch verschuldeter Kommunen.

Soll der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen erhöht oder gesenkt werden?

Martina Stamm Fibich: Die Kommunen dürfen mit ihren wachsenden Aufgaben nicht allein gelassen werden. Daher befürworte ich eine Erhöhung.

Konrad Körner: Als Kommunalpolitiker weiß ich, dass wir den Kommunen langfristig sichere Einnahmequellen zur Verfügung stellen müssen.

Paulus Guter: Ja, um ihre Handlungsfähigkeit bei wichtigen Aufgaben wie Bildung, Wohnen und sozialer Infrastruktur zu stärken. Übrigens ist dieser in Bayern unter CSU-Regierung mit am geringsten.

Lukas Eitel: Erhöht. Bund und Land übertragen den Kommunen immer mehr Aufgaben, ohne die Finanzierung sicherzustellen.

Anton Salzbrunn: Wir präferieren hier keine Erhöhung jedoch eine verstärkte Förderung von einzelnen Projekten sowie eine Altschulden-Regelung zu Gunsten hoch verschuldeter Kommunen.

Wie stehen sie zu einer stärkeren Besteuerung von sehr Reichen durch eine Vermögenssteuer und/oder Erbschaftssteuer?

Martina Stamm-Fibich: Die heutige Erbschaftssteuer ist ungerecht, da sehr große Erbschaften verhältnismäßig niedrig besteuert werden. Das muss sich ändern. Auch eine Vermögenssteuer für Superreiche ist denkbar.

Konrad Körner: Die Vermögenssteuer wurde auf Grund verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten nicht mehr erhoben. Dabei soll es auch bleiben. Die Erbschaftssteuer trifft nicht die „sehr Reichen“ sondern den bürgerlichen Mittelstand. Wir wollen großzügigere Freibeträge beim selbstgenutzten Eigenheim und beim Erhalt von Arbeitsplätzen.

Paulus Guter: Eigentum verpflichtet (Art. 14 Grundgesetz). In Deutschland haben wir weltweit mit die höchste Einkommens- und mit die geringste Vermögenssteuer. Diese Ungerechtigkeit muss enden, weshalb große Vermögen und Erbschaften stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen sollen und Einkommen entlastet werden sollen.

Leif Erik Persson: Halte ich nicht viel von, weil Vermögen extrem schwer zu bewerten sind. Bei der Erbschaftsteuer kann ich mir einen Kompromiss vorstellen, z. B. mit Stundung.

Lukas Eitel: Volle Zustimmung. Milliardäre leben davon, andere für sich arbeiten zu lassen und auszubeuten. Kein Mensch kann so viel Geld durch eigene Arbeit anhäufen.

Anton Salzbrunn: Ich bin für eine Erhöhung der Einkommenssteuer für Reiche und Superreiche und für eine Einführung der Vermögenssteuer, sowie Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Wie stehen Sie zu einer stärkeren Besteuerung von Großbetrieben durch eine Kapitalertragssteuer?

Martina Stamm-Fibich: Um wettbewerbsfähig zu bleiben und Arbeitsplätze zu erhalten, wollen wir keine zusätzlichen Steuern einführen, sondern Investitionen fördern.

Konrad Körner: Deutschland hat mit die höchsten Steuern und Abgaben in Europa. Wir müssen Unternehmen die Möglichkeiten geben, hier ihr Geld zu investieren und Arbeitsplätze zu sichern anstatt abzuwandern.

Paulus Guter: Ich stehe für Steuergerechtigkeit und eine faire Anpassung der Kapitalertragssteuer, um Gerechtigkeitslücken zu schließen. Dabei geht es nicht um eine pauschale Belastung von Großbetrieben, sondern um die gerechte Besteuerung von Kapitaleinkommen im Verhältnis zu Arbeitseinkommen.

Leif Erik Persson: Da Erträge aus Kapitalanlagen für Großbetriebe bereit mit Körperschaft- und Gewerbesteuer besteuert werden, hat dies keinen Effekt.

Lukas Eitel: Volle Zustimmung. In diesem Land wird Einkommen aus Arbeit wesentlich höher besteuert als Ertrag aus Kapital. Wir wollen diese Logik umkehren.

Anton Salzbrunn: Anpassung der Kapitalertragssteuer an die Sätze der Einkommenssteuer bzw. Körperschaftssteuer, Steuerangleichung für Konzerne analog mittelständischer Unternehmen.